

»» Wie wollen Sie genug Geld für die notwendigen umfassenden Investitionen in die Infrastruktur und in Angebote für junge Menschen bereitstellen? Wie gehen Sie mit der Schuldenbremse um? ««



CDU CSU

Folgen

Wir halten an der Schuldenbremse fest. Denn wir wollen verhindern, dass unseren Kindern und Enkeln hohe Schulden aufgebürdet werden. Wir werden Steuern sowohl für Bürger als auch für Unternehmen senken. So werden Unternehmen mehr investieren können. Generell setzen wir auf eine Wirtschaftspolitik, die das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Wenn die Wirtschaft wächst, steigen auch die Einnahmen des Staates. Zu Beginn der neuen Wahlperiode machen wir einen ehrlichen Kassensturz im Bundeshaushalt und hinterfragen alle Ausgaben. Ausgaben, die ihr Ziel verfehlen, müssen entfallen. Das schafft Spielräume für unseren Politikwechsel.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Folgen

Wir wollen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen und so für zusätzliche Einnahmen sorgen. Die Schuldenbremse möchten wir reformieren und wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Zudem schlagen wir einen Deutschlandfonds für Bund, Länder und Kommunen vor. Damit reparieren wir unsere marode Infrastruktur. Wir investieren in sauberen und billigen Strom, in Bus und Bahn, in Schulen und KiTas, in Schwimmbäder und Sportplätze, in bezahlbare Wohnungen, in faire Chancen, eine moderne Wirtschaft und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

AfD

Folgen

Warum steht hier nichts?
Die AfD hat trotz mehrfacher Erinnerung bis zur Finalisierung der Broschüre keine Antworten auf die U18-Jugendfragen gegeben.

Die Antworten weiterer Parteien und weitere Informationen

DIE LINKE.

Folgen

In der Schule tropft es von der Decke, das Schwimmbad muss schließen und die Bahn kommt, wenn überhaupt, dann zu spät. In Deutschland wird zu wenig investiert. Gleichzeitig werden Multimillionäre und Milliardäre immer reicher. Geld ist also da.

Die Steuern für die Reichen wurden von den anderen Parteien immer weiter gesenkt. Wir wollen die Vermögensteuer wiedereinführen, mit einem extra-Steuersatz für Milliardäre (12%). So sorgen wir für mehr soziale Gerechtigkeit und haben das Geld, um in Klimaschutz, die Sanierung der Bahn und Schulen zu investieren.

Die sogenannte Schuldenbremse ist in Wahrheit eine Investitionsbremse für die Zukunft. Wir wollen sie abschaffen: Bildung, Nahverkehr, Digitalisierung, Sport- oder Jugendzentren können, wenn nötig, dann auch mit Krediten finanziert werden.

Bündnis Sahra Wagenknecht

Folgen

Um Deutschland wieder zukunftsfähig zu machen, müssten in den kommenden zehn Jahren etwa 600 Milliarden Euro zusätzlich investiert werden; u.a. in den Erhalt und Umbau der Industrie, des Energie- und Verkehrssektors. Das BSW will zudem eine Infrastruktur-Garantie für die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland; dazu gehören auch massive Investitionen zur Verbesserung der Bildungs-, Kultur- und andere Angebote, die wir im Rahmen unseres Programms „Kinder und Bildung“ umsetzen wollen. Investitionen in dem Umfang müssen kreditfinanziert werden. Um der öffentlichen Hand die nötigen Spielräume zu geben, fordert das BSW eine grundlegende Reform der Schuldenbremse, die eine Investitions- und Wachstumsbremse ist.

SPD

Folgen

Für eine gute Zukunft des Landes ist heute eine umfassende Modernisierung nötig. Wir stehen für eine generationengerechte Finanzpolitik, die notwendige Investitionen nicht länger auf künftige Generationen abwälzt. Die Verankerung der Schuldenregel im Grundgesetz soll stabile Staatsfinanzen sicherstellen. Jedoch ist die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form nicht auf die Herausforderungen unserer Zeit und Zukunft ausgelegt. Wir möchten die Schuldenbremse grundlegend reformieren, um mehr Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Zudem schaffen wir einen Deutschlandfonds, der öffentliches und privates Kapital mobilisiert, um wichtige Investitionsbedarfe erfüllen zu können, wie etwa bei Strom- und Wärmenetzen, E-Ladesäulen oder beim Wohnungsbau.

Freie Demokraten FDP

Folgen

Wir finden es unfair, dass künftige Generationen für heutige Schulden zahlen sollen. Deshalb halten wir uns an die Schuldenbremse, die fest in unserem Grundgesetz steht. Sie ist gelebte Generationengerechtigkeit. Ein Staat wie Deutschland muss es schaffen, seine Grundaufgaben wie Investitionen in Infrastruktur und Bildung aus seinen Staatseinnahmen zu stemmen – ohne immer mehr Schulden aufzunehmen. Der Staatshaushalt umfasst fast 500 Milliarden Euro. Das zeigt: Wir haben kein Einnahmeproblem. Mit weniger Bürokratie, gezielten Investitionen und einem effizienten Staat können wir genug Geld für Bildung, Infrastruktur und Jugendangebote bereitstellen. So bleiben wir fair gegenüber der Zukunft.